

Unterschiede des kirchlichen Lebens in einigen Ländern

Von Prof. Dr. Hans Schmid, St. Gallen (Schweiz)

Das amerikanische Freikirchensystem hat zwar seit der Gründung der USA zu einer beeindruckenden Belebung des religiösen Lebens geführt. Diese wäre auch in Europa erwünscht. Notwendig ist aber vorher eine theologische und ökonomische Aufarbeitung der kirchlichen Entwicklung in den USA.

In den USA entsprang die Einführung der Religionsfreiheit der Notwendigkeit, die unterschiedlichen Vorstellungen über das Verhältnis von Kirche und Staat unter einen Hut zu bringen. Da Einigkeit in zentralen Fragen für den Bestand der Unabhängigkeit unabdingbar war, erwies sich der Verzicht auf eine Staatskirche als willkommene Lösung. Daraus entstanden kirchliche Wettbewerbsmärkte, die zu einer *hohen Vitalität* der Religion führten.

1776, dem Jahr der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, gehörten etwa 17 Prozent der Gesamtbevölkerung einer Religionsgemeinschaft an. Den Höchststand verzeichnete das Jahr 1937 mit 73 Prozent. 1995 waren es immer noch 70 Prozent. Die amerikanischen Begründer der *economics of religion* (Laurence Iannaccone, Roger Finke und Rodney Stark; im Folgenden Wettbewerbskirchen-Vertreter genannt) leiten daraus ab, dass die Probleme der europäischen Landeskirchen auf die Staatseinflüsse zurückgehen. Sie empfehlen daher die Einführung einer strikten Trennung von Kirche und Staat. Im Folgenden ist zu prüfen, ob und wie weit wir von den Amerikanern lernen können.

Zweifel an den Vorzügen des amerikanischen Freikirchensystems

Die These von der zunehmenden Religiosität mit zunehmenden unterschiedlichen christlichen Religionsgemeinschaften ist in den USA zwar vorherrschend, aber nicht unbestritten. Gegner dieser Auffassung sind die Amerikaner Brooks B. Hull und Frederick Bold.¹ Das Ergebnis ihrer empirischen Studie überraschte sie selbst. Ihre Untersuchung beruht auf Daten von 111 jüdischen, katholischen und protestantischen Religionsgemeinschaften in ungefähr 3'100 Bezirken (counties) in den USA. Die Autoren erklären ihre Ergebnisse mit einer *negativen Wirkung der Unterschiedlichkeit* religiöser Lehrmeinungen auf die Bereitschaft zum Beitritt zu einer solchen Gemeinschaft. Sie weisen darauf hin, dass umstrittene theologische Auffassungen die Unsicherheit der potenziellen Mitglieder erhöhen und dass die Such- und Mitgliedschaftskosten im Vergleich mit einer Staatskirche höher sind. Zudem führe eine

¹ Hull Brooks B. / Bold Frederick, Product Variety in Religious Markets, in: Review of Social Economy, Vol. 56 No 1 (Spring 1998), S.1ff.

Zunahme der Zahl der Kirchen, die unter sich verschiedene Lehrmeinungen vertreten, zu einer Verminderung der Verbindlichkeit theologischer Aussagen, da von zwei sich widersprechenden Thesen nicht beide richtig sein können.

Nach Hull und Bold übersehen die Wettbewerbskirchen–Vertreter, dass auf den Gütermärkten nicht nur *Produktdifferenzierung*, sondern auch *Standardisierung* betrieben wird. Ein gutes Beispiel bringen Hull und Bold mit den Lampen, den Steckern und den Glühbirnen. Sie zeigen das am Beispiel von Lampen, Steckern, Steckdosen und Glühbirnen. Die angebotenen Lampen sind ausserordentlich vielfältig. Alle haben jedoch den gleichen Stecker, der in eine standardisierte Steckdose passt. Die Zuführung von Elektrizität erfolgt ebenfalls in eine standardisierte Steckdose, in welche die Glühbirne hineinpasst. Diesem einfachen Beispiel wären leicht zahlreiche weitere Beispiele beizufügen. Die meisten Güter, die als Produktvarietäten erscheinen, sind Varietäten innerhalb eines standardisierten Umfeldes. Die Konkurrenz findet innerhalb dieser standardisierten Welt statt.

Das gilt auch für die Religion. Unterschiede innerhalb der christlichen Glaubensbekenntnisse sind offenkundig. Ebenso offenkundig sind die Gemeinsamkeiten. Die protestantischen Freikirchen geben das zu und fordern ihre Anhänger zur Toleranz gegenüber anderen protestantischen Freikirchen auf. Auch der weltweite historische Siegeszug des Katholizismus beruht einerseits auf einer standardisierten theologischen und damit verbindlichen Lehrmeinung. Bei deren Umsetzung nimmt die katholische Kirche aber Rücksicht auf die vielfältigen örtlichen Unterschiede. Sie betreibt somit Produktvarietät innerhalb eines standardisierten Umfeldes.

Die Kirchenentwicklung in den USA ist trotz der erwähnten Kritik beeindruckend. Nachdenklich stimmt dagegen der Erosionsprozess der Kirchen in Europa. Es ist daher erstaunlich, wie selten kirchliche Kreise von der kirchlichen Situation in den USA Kenntnis nehmen. Es harren hier nicht nur ökonomische Fragen einer Klärung. Dringend notwendig ist zudem eine theologische Aufarbeitung der amerikanischen Entwicklung.

Erfahrungen in Skandinavien, Frankreich und Österreich

Die Überprüfung der Hypothese, wonach aus dem Abbau staatlicher Regulierung im religiösen Bereich ein grosses und vielfältiges Angebot und eine hohe Beteiligung am religiösen Leben entsteht, ist in verschiedenen Ländern seit den 1990er Jahren im Gang. In Europa beschränkt sie sich jedoch weitgehend auf die protestantischen Länder und dort auf den schlechten Gottesdienstbesuch. Die Quellen, welche die Wettbewerbskirchen-Vertreter benutzen, liegen zudem relativ weit zurück. Die Erfassung der Angehörigen nichtkatholischer Religionsgemeinschaften beruhen auf Daten von 1980 und die Ermittlung des Kirchenbesuchs

erfolgte in den späten 1970er Jahren. Unter Deutschland wird die Bundesrepublik Deutschland in ihren damaligen Grenzen, also ohne die neuen Bundesländer, verstanden.

Die Wettbewerbskirchenvertreter legen – abgesehen vom Hinweis auf Russland - keine Beispiele religiöser Erfolge durch Deregulierung in Europa vor. Trotzdem erwecken sie den Anschein der weltweiten Gültigkeit ihrer Erkenntnisse. Sie zeigen für *Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland*, dass die dortigen staatlich beeinflussten Lutheraner Kirchen einen sehr geringen Kirchenbesuch aufweisen, obwohl diesen Kirchen die weitaus meisten Einwohner angehören. Freikirchen sind zwar zugelassen, spielen aber eine geringe Rolle. Der *wöchentliche* Gottesdienstbesuch in den monopolähnlichen Staatskirchen liegt zwischen 2.9 und 5.2 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Besuchsrate in den USA übersteigt die genannten Prozentsätze um ein Mehrfaches. Ob durch den Verzicht auf die Staatskirche eine religiöse Belebung eintreten würde, bleibt aber nach wie vor eine Hypothese, für die keine hinreichende empirische Evidenz besteht.

Frankreich ist ein laizistisches Land mit katholischer Tradition und Kultur. Seit 1905 besteht strikte Trennung von Kirche und Staat. Es gibt keine Kirchensteuer, wohl aber Steuerbefreiung der Kirchen. Öffentliche Gelder dürfen keinen Religionsgemeinschaften zufließen. Die Katholiken entrichten ihrer Kirche freiwillig den sogenannte Kultbeitrag. Als Richtwert für dessen Höhe empfiehlt die Kirche einen Jahresbeitrag von etwa 1 Prozent des Gehalts eines Kirchenmitglieds. Obwohl ihn nur 45 Prozent der Katholiken zahlen, entspricht er 50 Prozent der kirchlichen Einnahmen. Einer im März 2003 durchgeführten Umfrage zufolge sind 62 Prozent der Franzosen und Französinen katholischen Glaubens. 26 Prozent gehören keiner Religionsgemeinschaft an. Seit Anfang der 1960er Jahre verliert der sonntägliche Kirchgang landesweit und somit auch in ländlichen Gegenden seine Bedeutung. Ein Beispiel für die Überlegenheit des Freikirchensystems gegenüber dem Staatskirchensystem liefert Frankreich nicht.

Aufgrund der Volkszählung 2001 betrug in *Österreich* der Katholikenanteil 74 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die katholische Kirche ist mit *Kirchenaustritten* konfrontiert. Traten 1945 1'000 Personen aus der Kirche aus, so waren es 1995 deren 43'527 und 1999 44'561. In den letzten Jahren gingen die Austritte etwas zurück. Trotzdem ist der Trend nach wie vor ungebrochen rückläufig. Die *Konfessionslosenquote* beträgt derzeit 12 Prozent. Auch der *Gottesdienstbesuch* nimmt in Österreich ständig ab. 1968 besuchten etwa zwei Millionen Menschen regelmässig den Sonntagsgottesdienst. Für das Jahr 2000 meldete der Statistische Dienst der Österreichischen Kirche 921'000 Messbesucher. Diese Zahl entspricht 11 Prozent der Gesamtbevölkerung und knapp 16 Prozent der Katholiken. Österreich ist somit so wenig ein Beispiel für die Überlegenheit des Staatskirchensystems wie Frankreich für die Überlegenheit des Freikirchensystems.

West- und Ostdeutschland im Vergleich

Die Wettbewerbskirchen-Vertreter räumen ein, dass in Deutschland, welches das Schicksal der Niederlage im Zweiten Weltkrieg mit Japan teilte, eine mit Japan vergleichbare Entwicklung im religiösen Bereich nicht zu beobachten war. Nicht bestätigt werden die Annahmen vor allem in den *neuen deutschen Bundesländern*. 1949, dem Gründungsjahr der DDR, gehörten etwa 15 Millionen Menschen einer Kirche als Mitglieder an. 1989, dem Jahr der Wiedervereinigung, waren es noch 5,5 Millionen. Darauf setzte aber keine Rückkehr ein. Vielmehr hielt der Erosionsprozess an. Im Jahr 2003 zählten die evangelische und die katholische Kirche in Ostdeutschland und Berlin zusammen noch 3,7 Millionen Mitglieder. In Ostdeutschland gehörten im Jahr 2000 nur die über 60 Jahre alten Personen mehrheitlich einer der beiden christlichen Konfessionen an.

Dieselben Unterschiede zwischen Ost und West betreffen den *Kirchgang*. Im Westen gingen im Jahr 2000 24 Prozent der Bevölkerung regelmässig, im Osten aber 63 Prozent *nie* zur Kirche. Der Kirchenbesuch hat in beiden Teilen Deutschlands seit 1991 abgenommen. Viele behaupten, der individuelle Gottesglaube trete an die Stelle der Kirchenmitgliedschaft und des Kirchgangs. In Ostdeutschland ist auch das nicht der Fall. Das zeigt das Ergebnis einer Repräsentativbefragung. Im Westen glauben 68 Prozent der Bevölkerung an Gott oder „ein höheres Wesen“. Im Osten sind es nur 27 Prozent. Als eher religiös bezeichnen sich im Westen 48 Prozent, im Osten 20 Prozent. Diese Angaben zeigen auch, dass die private Religiosität dort nicht weit verbreitet ist. Es lässt sich in Ostdeutschland auch keine Flucht in ausserchristliche Formen der Religiosität nachweisen.

Zwar mussten die neuen deutschen Bundesländer 40 Jahre lang ohne kirchliche Privilegien auskommen. Nach der Wende erhielten sie diese aber zurück. Ungeklärt ist die Frage, warum diese Rückgewährung nicht zum Zustand vor dem Entzug der Privilegien geführt hat. Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen dürfte das von amerikanischen Autoren empfohlene Freikirchensystem für Deutschland kaum in Frage kommen. In Ostdeutschland stossen die dortigen traditionellen Anbieter auf fast keine oder nur sehr *geringe Nachfrage*. Daher treten wohl nur sehr wenige freikirchliche Anbieter auf. Ein Wettbewerb unter den Kirchen mit damit verbundener Leistungsverbesserung ist unter diesen Umständen nicht möglich.

Die vorstehenden Ausführungen stützen sich auf das demnächst erscheinende Buch von Hans Schmid: *Kirchen im Wettbewerb – Kirchen mit Zukunft. Praktische Überlegungen eines Aussenseiters*, LIT – Verlag Berlin/Hamburg/London/Münster/Wien/Zürich 2007. 165 S.